

zahlenmäßig ausdrückte. An Gemeindesteuern wurden in Mill. M erhoben: ⁵⁾

	1891/92	1901/02	in % von 1891/92	1907/08	in % von 1901/02
Berlin.....	36,8	62,9	170,9	79,7	126,7
Einwohnerzahl in 1000 ..	1587	1891	119,2	2094	110,7
Breslau.....	5,6	13,0	232,1	16,6	127,7
Einwohnerzahl in 1000 ..	337	427	126,7	486	113,8
Köln a. Rh.....	5,1	10,7	209,8	17,2	160,8
Einwohnerzahl in 1000 ..	284	376	132,4	453	120,5
Frankfurt a. M.....	6,5	13,3	204,6	19,2	144,4
Einwohnerzahl in 1000 ..	181	294	162,4	351	119,4
Wiesbaden.....	1,88	3,6	191,5	5,5	152,8
Einwohnerzahl in 1000 ..	67	87	129,9	105	120,7

Von 1907 bis 1911 stieg die gemeindliche Steuerleistung je Kopf der Bevölkerung weiter:

	1907	1911	in % v. 07	1907	1911	in % v. 07	
Berlin.....	38,07	44,02	115,6	Frankfurt a. M.	54,75	61,72	112,7
Breslau.....	34,13	39,38	115,4	Wiesbaden ...	52,04	49,71	95,5
Köln.....	38,01	44,09	116,0				

Die Gesamteinnahmen aus Steuern und Zöllen betragen ⁶⁾ (in Mill. M):

	1891	1907
für das Deutsche Reich	821,5	1,410
für die sämtlichen Bundesstaaten ..	448,33	750,89

In der gleichen Zeitspanne war die fundierte Staatsschuld der deutschen Bundesstaaten von 10,5 Milliarden auf 12,96 Milliarden gestiegen, die des Reiches von 1,3 Milliarden auf 3,64, die der Gemeinden über 10 000 Einwohner von 1,4 auf 5,29 Milliarden M angewachsen.

Auch in den übrigen kapitalistischen Ländern ist die Entwicklung der öffentlichen Aufwendungen in einer ähnlichen Linie in der Vorkriegszeit verlaufen, ebenso wie auch überall in der Nachkriegszeit ein starkes Steigen der Ausgaben und eine erhebliche steuerliche Mehrbelastung festzustellen ist, wie die verschiedenartigsten statistischen Untersuchungen trotz der bekannten Schwierigkeiten derartiger internationaler Vergleiche deutlich genug erweisen.

Man wird sich demgemäß darüber klar sein müssen, daß wir auch in der weiteren Zukunft mit keiner Verringerung der absoluten Beträge in der Finanzwirtschaft der öffentlichen Körperschaften zu rechnen haben, es sei denn, daß durch internationale Vereinbarungen eine merkbare Entlastung auf dem Gebiete der Reparationsleistungen herbeigeführt wird. Innerhalb des Budgets des Reiches, der Länder und der Gemeinden werden aber die stetig zunehmenden Aufgaben, die von der öffentlichen Hand zu erfüllen sind, auch absolut steigende Einnahmen erfordern und alle Versuche, dieser Tendenz der Aufgabenvermehrung entgegenzuwirken, müssen meines Erachtens deswegen erfolglos sein, weil wir in rasch wachsendem Maße zu einer immer weitergehenden kollektiven Befriedigung früher individuell befriedigter Bedürfnisse gelangen werden. Dies liegt in der Eigenart einer sich

⁵⁾ Zahlen aus statist. Jahrbüchern der deutschen Städte.

⁶⁾ Denkschrift des Reichsschatzamt zur Begründung des Entwurfs eines Gesetzes betr. Änderungen im Finanzwesen 1908.

immer mehr örtlich zusammenballenden Industriebevölkerung begründet und ist zweifellos auch im Interesse rationeller Bedarfsbefriedigung zu begrüßen und zu fördern; ganz abgesehen davon, daß mit der großstädtischen Gestaltung unseres Lebens Notwendigkeiten und Bedürfnisse der verschiedensten Art auf sozialpolitischen, sanitären, hygienischen und sonstigen Gebieten sich ergeben, deren individuelle Befriedigung praktisch unmöglich ist.

Die entscheidende Frage der nächsten Zukunft wird demnach sein, ob die absolute Steigerung des öffentlichen Finanzbedarfes sich langsamer vollzieht als die Entwicklung des Volkseinkommens, das heißt, ob sich trotz steigender absoluter steuerlicher Belastung eine relative Entlastung ergibt, also der Anteil am Sozialprodukt, der von der öffentlichen Hand in Anspruch genommen werden muß, relativ sinkt. Es besteht kein Zweifel darüber, daß dies seit der Stabilisierung der Währung in erheblichem Umfange der Fall gewesen ist. Die starke Senkung der Umsatzsteuer von 2½ % auf 0,75 %, der Fortfall der Luxusumsatzsteuer, die wiederholte Erhöhung der steuerfreien Einkommensteile, die Herabsetzung der Grunderwerbsteuer und viele andere haben in Verbindung mit der Steigerung des Volkseinkommens seit 1924 zu einer beachtenswerten relativen Verringerung des Anteils der öffentlichen Hand am Gesamtsozialprodukt geführt. Trotzdem besteht kein Zweifel, daß die steuerliche Gesamtlast noch immer außerordentlich schwer ist, und daß sie es auch auf unabsehbare Zeit bleiben wird. Aus dieser Tatsache der voraussichtlich dauernden, sehr starken Belastung des deutschen Volkes mit Steuern ergibt sich mit besonderer Dringlichkeit die Forderung nach einer wirtschaftlichen Gestaltung der öffentlichen Verwaltung durch eine umfassende, den Bestand der Länder antastende Verwaltungsreform, nach einer systematischen Verbesserung der technischen Arbeitsmethoden der deutschen Verwaltungsbehörden; denn nur in dieser Richtung sind größere Ersparnisse möglich, während die allgemeine Ausgabegebarung notwendiger Weise weiter steigende Tendenz haben wird. Vor allem aber ergibt sich aus der Erkenntnis, daß es sich um keine vorübergehende Situation, sondern um einen — nach menschlichen Zeitbegriffen — Dauerzustand handelt, die dringende Forderung nach einem grundlegenden Umbau unserer Steuergesetzgebung, die zurzeit weder die Aufgabe einer möglichst gerechten Verteilung der Lasten erfüllt, noch der wesentlichsten Voraussetzung der Tragbarkeit einer so erheblichen allgemeinen Belastung ausreichend gerecht wird: — die wirtschaftliche Leistung des Volkes mit allen Kräften zu fördern und das Steuersystem in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen.

McKENNA ÜBER BANKPOLITIK

Von John Maynard Keynes (Cambridge)

McKenna hat die Kühnheit besessen, die Ratschläge, Erklärungen und Prophezeiungen, mit denen er seit 1920 seine jährlichen Reden an die Aktionäre der Midland Bank schmückte, unverändert abdrucken zu lassen¹⁾. Aber er hat Erfolg damit. Er hat eigentlich — mit zeitgemäßen Abwandlungen — Jahr für Jahr dasselbe gesagt. Es hat niemand auf ihn gehört, und er hat mit seinen Warnungen

recht behalten. Aber die Autoritäten der Bank von England, gegen die er mit höflichen, zurückhaltenden Worten zu Felde zog, waren insofern außerordentlich im Vorteil, als sie niemals ihre Gedanken preisgaben oder ihre Politik rechtfertigen mußten. So konnte sich Cassandra, wiewohl der Rede mächtig, ihnen gegenüber nicht behaupten.

Und doch ist, was McKenna sagt, so einfach, daß man denken sollte, sogar Toren würden ihn verstehen,

¹⁾ Reginald McKenna: Post-War Banking Policy. A Series of addresses. (Heinemann, 7/6.)

es sei denn, sie wären taub. Klar und überzeugend schildert er die unvermeidlichen Folgen eines schon seit Jahren bestehenden Bestrebens, durch Banksätze und Kreditrestriktion einen Druck auf die Preise auszuüben. Jahr für Jahr hat er uns das Ziel gezeigt, dem wir zusteuern: Geschäftsverluste, Produktionsminderung, drückende Arbeitslosigkeit, Anwachsen der nationalen Schuld; und jedes Jahr hat sich seine Weissagung erfüllt.

Kurz zusammengefaßt ist seine Beweisführung diese: Es hat oft Zeiten „spekulativer Inflation“ — wie McKenna es bezeichnet — gegeben, in denen die Preise den Löhnen gegenüber unverhältnismäßig stiegen; und das Resultat waren außergewöhnlich hohe Gewinne, die ihrerseits wieder zu Überdispositionen führten. Einer solchen Entwicklung gegenüber ist die traditionelle Waffe der Bank von England, hoher Banksatz und Restriktion des Kreditvolumens, ein vollkommen geeignetes, fast immer mit Erfolg angewandtes Mittel. Aber es gibt noch eine ganz andere Art von Inflation, die nämlich, die uns als Vermächtnis des Krieges verblieb, bei der die Löhne Zeit hatten, sich der Preissteigerung anzupassen, so daß von übermäßigen Gewinnen nicht mehr die Rede sein konnte.

Nun heißt es, scharf zwischen diesen beiden Arten der Inflation zu scheiden und, bevor man das Mittel der Kreditrestriktion anwendet, um die zweite Art zu bekämpfen, sich klar zu machen, worauf man eigentlich hinaus will und ob die Mühe sich lohnt. Solch klares Denken hat McKenna immer von neuem in seinen Reden gefordert, aber Schatzkanzlei und Bank von England haben sich nie dazu aufgeschwungen.

Welches ist denn der eigentliche Verlauf? Es versteht sich von selbst, daß die Preise nicht fallen können, ohne daß entweder die Gewinne oder die Löhne fallen oder sich die Leistungsfähigkeit der Betriebe steigert. Rechnet man mit großen Zeitabschnitten, so ist von einer Steigerung der Leistungsfähigkeit recht viel zu erwarten; aber die Industrie darf sich nicht der Hoffnung hingeben, ihre Leistungsfähigkeit rasch in einem Ausmaße zu steigern, das dem Fallen der Preise entsprechen würde. Und Zeiten, in denen Restriktionspolitik getrieben wird, sind unter modernen Bedingungen besonders ungeeignet, Maßnahmen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit zu begünstigen, denn diese ist in hohem Grade von der vollen Ausnutzung der Produktionskapazität abhängig. Auf welche Weise wird nun eine Kreditrestriktion der Bank von England ein Sinken der Preise herbeiführen? Als

erste Wirkung wird die Maßnahme der Produzenten zu verzeichnen sein, jedes weniger gewinnbringende Geschäft aufzugeben, was wiederum verminderte Produktion und geringere Arbeitsmöglichkeit bedeuten würde. Die zweite Wirkung wird sein, den Bankrott der Produzenten herbeizuführen, die — wegen ausländischer Konkurrenz oder aus irgendwelchen anderen Gründen — mit geringer Profitmarge arbeiten, wie in unserem Falle die Schwerindustrie (Kohle, Eisen und Stahl) und die Textilindustrie. Diese Industrien haben die Wahl, entweder Geld zu verlieren oder sich in einen Kampf mit ihren Arbeitern einzulassen, dessen Ziel in der Herabsetzung der Löhne besteht. Zumeist wählen sie von jedem etwas. Das Resultat — sowohl der einen als auch der anderen Maßnahme — ist große Arbeitslosigkeit. Hat die Bank von England dies erreicht, so ist die Hälfte ihrer Aufgabe — die einfachere Hälfte — erfüllt. Sodann gilt es, den Druck der Arbeitslosigkeit zu benutzen, um die Löhne herabzusetzen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist dies ein außerordentlich schwieriges Unternehmen, und der ihm entgegengesetzte Widerstand hat sich als hartnäckig und im ganzen erfolgreich erwiesen. Aus diesem Grunde ist die Periode schwerster Arbeitslosigkeit beinahe ein Dauerzustand geworden. Wenn die Löhne bis zu dem Punkt herabgedrückt worden sind, den man für nötig erachtet — und bei gleichzeitiger Leistungssteigerung vermindert sich das Maß, in dem die Löhne fallen müssen, entsprechend —, ist die Gewinnmarge bei niedrigerem Preisstand die gleiche wie zuvor. Ist dieser Prozeß einmal durchgeführt, so stehen sich die Arbeiter nicht schlechter als vorher, denn, obgleich ihr Geldlohn sich vermindert hat, ist die Kaufkraft ihrer Löhne die gleiche geblieben. Aber der Plan ist deswegen nicht leichter in die Praxis umzusetzen, weil sein Ziel vernünftig ist.

Mancher, der früher anders dachte, sieht nun ein, daß es sehr viel klüger gewesen wäre, sowohl Preise als auch Löhne auf höherem Niveau zu stabilisieren. Dadurch wären Geschäftsverluste, Arbeitslosigkeit und Steigen der nationalen Schuld vermieden worden. Und wir sind auch heute noch nicht über den Berg.

Es ist noch gerade so wie vor vielen Jahren, als Bagehot schrieb: „Die Direktoren der Bank von England kannten weder die richtigen Prinzipien, noch schützte sie ein nach klugen Regeln eingefahrener Geschäftsgang“. Aber der Präsident unserer größten Aktienbank tat jedenfalls alles was er konnte, um Regierung und Publikum zu warnen.

NEUREGELUNG DES CODEVERKEHRS

Von Dr. Gustav Knoth (Wien)

Seit langer Zeit bildete eine Regelung des Code-Telegrammverkehrs, die den Wünschen der Telegraphenverwaltungen ohne Verletzung der Interessen des benutzenden Publikums Rechnung trägt, eines der umstrittensten und schwierigsten Probleme der Tagungen des Welt-Telegraphen-Vereines. Dieses Problem hat auf der vor einigen Wochen zu Brüssel abgehaltenen Konferenz eine befriedigende Lösung gefunden.

Bevor die neuen Bestimmungen, welche am 1. Oktober 1929 in Kraft treten werden, in ihrer Bedeutung für

den telegraphischen Nachrichtenverkehr erörtert werden, sollen die wichtigsten der gegenwärtig gültigen Vorschriften und die Situation, aus welcher die getroffene Entscheidung hervorging, dargestellt werden.

Punkt VII, VIII und IX des Reglements für den internationalen Dienst (Beilage zum internationalen Telegraphenvertrag) lauten auszugsweise:

Die offene Sprache ist jene, welche in einer oder mehreren der für die internationale telegraphische Korrespondenz zugelassenen Sprachen einen verständlichen Sinn gibt.

Die verabredete Sprache ist jene, welche sich aus Worten